

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

14.06.2023

MdL Steffi Pulz-Debler

TOP 10

Aktuelle Stunde

Angriffe auf die Rente stoppen – Gleiche Renten in Ost und West sowie Sicherheit beim Renteneintrittsalter sind Ausdruck des Respekts vor lebenslanger Arbeit
(antragsberechtigt ist die Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

die CDU hat im September 2021 die Wahlen in Bund und Land krachend verloren. Nach dem darauffolgenden Rücktritt von Armin Laschet, dem damaligen CDU-Vorsitzenden und Spitzenkandidaten, entbrannte ein Kampf um den Vorsitz. Aus diesem ist schlussendlich Friedrich Merz als Sieger, als neuer CDU-Vorsitzender, hervorgegangen. Dieser und mit ihm die CDU machten sich alsdann auf, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Und vor wenigen Tagen nun wurden dann auch erste Details bekannt – vielleicht, um zu testen, wie das Echo in der Gesellschaft ausfällt. So schlägt die Fachkommission soziale Sicherung der CDU vor, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Konkret ab dem Jahr 2031 soll die Regelaltersgrenze mit jedem gewonnenen Lebensjahr um vier Monate angehoben werden. Die berechtigte Kritik ließ nicht lange auf sich warten, da dieser Vorschlag völlig an der Lebenswirklichkeit vieler hart Arbeitender vorbeigeht.

Laut einer Umfrage im Auftrag der IG Metall lehnt die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland, genau gesagt 86%, eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters ab. Schon das aktuelle Eintrittsalter, das seit dem Jahr 2012 bis zum Jahr 2031 stufenweise auf 67 Jahren angehoben wird, ist für viele Beschäftigte ohne Rentenabzüge nicht erreichbar und mehr als die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass sie ihren Beruf nicht bis zum Renteneintritt mit dem vollendeten 67. Lebensjahr ausüben können.

Mitte 2021, als es einen Vorschlag gab, das Eintrittsalter bis 2042 auf 68 Jahre anzuheben, meinte der damalige CDU-Fraktionschef, Ralph Brinkhaus, wie ich finde, völlig zu Recht, ich zitiere „Wir arbeiten erstmal daran, dass die Rente mit 67 umgesetzt wird. Wir müssen uns darum bemühen, dass ältere Menschen überhaupt die Kraft haben, entsprechend arbeiten zu können.“ Das scheint aber nicht mehr zu gelten. Die nun angestellten Überlegungen kann man nur als „Unsozialen Bullshit“ bezeichnen, wie mein Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Dietmar Bartsch, es getan hat.

Erst Corona, jetzt Inflation und am Ende sollen Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen die Rechnung bezahlen? Das ist nicht nur unfair, sondern in höchstem Maße unsozial.

Die Menschen in unserem Land erwarten stattdessen realistische Altersgrenzen, eine Rente, die den Lebensstandard sichert und eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen.

Aktuell liegt die Lebenserwartung bei Männern deutschlandweit bei 78,5 Jahren und bei Frauen bei 83,4 Jahren. Laut 15. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung soll diese bis 2030 bei Männern um 0,9 bis 1,9 Jahre steigen und bei Frauen um 0,5 bis 1,5 Jahre. Nach

Einführung des Rentenalters von 67 Jahren würden wir also gleich nochmal vier Monate draufpacken. Bis zum Jahr 2050 wären es bei Männern 20 Monate und bei Frauen 16 Monate. Und noch ein zweiter Vorschlag ist aus dem Grundsatzprogramm-Entwurf der CDU bekannt geworden: eine verpflichtende private Altersvorsorge, die die Riester-Rente ersetzen soll. Endlich hat auch die CDU scheinbar eingesehen, dass die Riester-Rente falsch war und gescheitert ist. Nun will man ein neues Modell auflegen. Arbeitnehmer müssen widersprechen, wenn sie diese private Rente nicht abschließen wollen. Ansonsten müssen sie monatlich einzahlen. Und für Geringverdienende wollen sie eine verpflichtende Betriebsrente einführen. Nein, meine Damen und Herren von der CDU, diese Vorschläge sind gruselig, unfair und unsozial und tragen nicht dazu bei, die schreiende Rentenungerechtigkeit in diesem Land endlich zu beenden und Altersarmut zu verhindern. Auch mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit gibt es nicht nur unterschiedliche Löhne in Ost und West, sondern auch unterschiedliche Renten. Es gibt immer noch das Rentenunrecht gegenüber ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern und es gibt eine zunehmende Altersarmut.

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander und für all das tragen Sie einen Großteil der Verantwortung.

Hinzu kommt die aktuelle Entwicklung und die sieht so aus, dass Heizung, Strom und Mobilität im Jahr 2022 um fast 50 Prozent teurer geworden. Die Löhne sind nur um vier Prozent gestiegen, die Renten um fünf Prozent, doch die Inflation lag bei sieben Prozent. Also haben die Menschen immer weniger Geld in der Tasche. Und fast 40 Prozent der Menschen in unserem Land haben überhaupt keine Ersparnisse, wie meine Kollegin Gesine Löttsch am 12. Mai im Deutschen Bundestag festgestellt hat. Und wie ich bei meinen Überland-Gesprächen mehrmals in schockierenden Begegnungen feststellen musste, planen Rentner*innen in M-V ihre Häuser zu verkaufen, um irgendwie mit der Rente über die Runden zu kommen, das ist doch beschämend. Deshalb fordern wir Sie nicht nur auf, die Angriffe auf die gesetzliche Rente zu stoppen, sondern die gesetzliche Rente zu stärken. Außerdem fordern wir zum 1. Januar 2024 eine außerordentliche, also eine einmalige und zusätzliche Rentenerhöhung von zehn Prozent. Mit Blick auf die Entwicklung von psychischen Erkrankungen und anderen Erkrankungen sowie der weiteren Arbeitsverdichtung ist es absurd, von einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters zu fabulieren. Deshalb haben sich die Koalitionspartner hier im Land gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie gegen eine weitere Absenkung des Rentenniveaus ausgesprochen und setzen sich auf Bundesebene dafür ein, dass die Rente lebensstandardsichernd und armutsfest ist und Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Rentenalter nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein müssen. Die gesetzliche Rente muss also gestärkt und das Sicherungsniveau wieder auf mindestens 53 Prozent des bisherigen Durchschnittseinkommens angehoben werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen wieder paritätisch an der Finanzierung beteiligt werden.

Und schließlich müssen alle in die gesetzliche Rente einzahlen – auch Selbständige, Beamt*innen und Politiker*innen.

Zwei Fragen hätte ich zum Schluss noch an die CDU:

Erstens, wenn man wie in M-V eine geringere Lebenserwartung hat, darf man dann früher in Rente gehen?

Und zweitens, wenn Frauen länger leben als Männer, müssen die dann länger arbeiten?

Ich danke für Ihre Aufgeregtheit.